

Bund gibt 52 Millionen für Städtebau

Erstmals Geld zur Energieeinsparung.
Mittelstand profitiert von Investitionen

■ Von Gudrun Mallwitz

Potsdam – Das Land Brandenburg erhält vom Bund in diesem Jahr 52 Millionen Euro für die Städtebauförderung und damit etwas weniger als im vergangenen Jahr. Dies geht aus einem Schreiben von Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee an Brandenburgs Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (beide SPD) hervor. „Wir erwarten, dass die Gelder für den Städtebau in den kommenden Jahren weiter zurückgefahren werden, da die alten Länder verstärkt Bedarf angemeldet haben“, sagte Dellmann dieser Zeitung.

Erstmals stellt der Bund dem Land rund 6,3 Millionen Euro für die sogenannte energetische Modernisierung von öffentlichen Gebäuden zur Verfügung. Vor allem Schulen, Kitas und Turnhallen sollen künftig energiesparender betrieben werden, indem neue Heizungsanlagen eingebaut und die Wärmedämmung verbessert wird.

Land und Kommunen müssen den in Aussicht gestellten Betrag um jeweils ein Drittel aufstocken, sodass für 2008 und 2009 insgesamt 38 Millionen in die Umrüstung fließen können. In diesem Jahr, so rechnet der Minister, könnten etwa 20 bis 30 solcher Projekte gefördert werden. „Die Kommunen können ihre Betriebskosten durch eingesparte Energie senken, und wir leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz“, so Dellmann, der das Programm als sehr sinnvoll begrüßt. Außerdem profitiere der Mittelstand von den geplanten Investitionen.

Seit der Wende sind in Brandenburg drei Milliarden Euro in den Städtebau geflossen. Vor fünf Jahren veränderten Bund und Land die Förderstrategie in den neuen Ländern: Der Abriss leer stehender Gebäude wird seither ebenso gefördert wie die Sanierung des verbleibenden Bestandes.

Sinkender Leerstand

Etwa 380 Städte und Gemeinden sind derzeit in das Stadtumbau-Ost-Programm einbezogen, darunter alle Mittel- und Großstädte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Eine Ausnahme ist die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam, da hier so gut wie keine Wohnungen leer stehen.

Infrastrukturminister Dellmann zufolge sind von 2002 bis Oktober vergangenen Jahres von den geplanten 55 000 Wohnungen 37 000 im Land Brandenburg abgerissen worden. Der Leerstand sank in den 32 Stadtumbau-Städten von rund 20,1 Prozent auf 17,1

Programme

Leerstand In Berlin und Brandenburg meldeten die Wohnungsbaunternehmen 2002 mit rund 18 Prozent den höchsten Leerstand. Er sank auf 11,5 Prozent. In den alten Ländern stehen etwa 3,4 Prozent der Wohnungen leer.

Historische Stadtkerne In Brandenburg werden 31 historische Stadtkerne speziell gefördert – darunter Beelitz, Jüterbog, Potsdam, Rheinsberg und Ziesar.

Förderprogramme Erst im Frühjahr will der Bund Vorschläge zur weiteren Förderung des Stadtumbaus vorlegen. *gma*

Prozent. Der Abriss ist vorgesehen, um 45 Wohnungsunternehmen bei der Altschuldenhilfeentlastung zu unterstützen. Für den Abriss wurden bisher 162 Millionen Euro bewilligt. Beispielsweise habe sich der Leerstand in Guben von 22,5 Prozent auf 15,3, in Wittenberge von 22,7 auf 20,9 und in Cottbus von 15,8 auf 11,5 Prozent reduziert.

Weniger Einwohner in Randregionen

Der Vorstand des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), Ludwig Burkardt, sieht beim Stadtumbau erst etwa die halbe Wegstrecke zurückgelegt. Er verweist auf Prognosen, wonach bis zum Jahr 2030 in den Randregionen des Landes Brandenburg rund 360 000 Einwohner weniger leben werden als noch im Jahr 2005. Bis dahin könnten daher 150 000 Wohnungen zusätzlich leer stehen. Das Ministerium hält diese Zahl jedoch für zu hoch.

Bis 2009 stehen aus Mitteln des Bundes und des Landes und der Kommunen rund 400 Millionen Euro für Rückbau und Aufwertung zur Verfügung.

Brandenburg fördert seit vorigem Jahr mit einem Zuschussprogramm auch den nachträglichen Einbau von Aufzügen. Bisher seien 132 Aufzüge beantragt worden, so das Ministerium. Sechs Millionen Euro gab es 2007 für die „Nachrüstung“, bis 2013 sind rund 36 Millionen Euro vorgesehen. Damit sollen fast 6000 Wohnungen zumindest weitestgehend barrierefrei werden. Minister Dellmann erklärt das Ziel der zusätzlichen Förderung: „Wir wollen mehr generationengerechten Wohnraum schaffen. Von Aufzügen profitieren ältere Menschen ebenso wie junge Familien mit kleinen Kindern.“